



Prof. Dr. Holger Lengfeld, Universität Leipzig, Research Fellow, Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin

## SECHS FRAGEN AN HOLGER LENGFELD

# »Die Bereitschaft zu Solidarität ist hoch«

1. Herr Lengfeld, Sie haben eine repräsentative Befragung der Bevölkerung in Deutschland zum Thema fiskalische Solidarität in Europa durchgeführt. Was war die Fragestellung? Zum einen haben wir danach gefragt, inwiefern die Befragten es richtig finden, dass das Land, in dem sie leben, anderen Ländern der EU, die akut von wirtschaftlicher Not bedroht sind, finanzielle Hilfe zukommen lassen soll. Das ist eine generelle Messung zur Einstellung von Solidaritätsbereitschaft, denn es sind ja nicht die Menschen selbst, die solidarisch agieren, sondern es sind die Staaten und die EU, die die Institutionen geschaffen haben und den Geldverkehr regeln, damit Hilfe fließt. Zum anderen haben wir uns dafür interessiert, ob die Menschen bereit wären, einen eigenen Beitrag aus ihrem persönlichen Portemonnaie zu leisten. Wir haben dazu die Idee des deutschen Solidaritätsbeitrags bemüht und die hypothetische Frage gestellt, was wäre, wenn es eine solche Solidaritätssteuer auch auf europäischer Ebene gäbe.
2. Wie viele Menschen in Deutschland befürworten, dass Deutschland finanzielle Hilfe an EU-Krisenländer bereitstellt? Nach den Daten, die wir 2015 mithilfe des Sozio-ökonomischen Panels erhoben haben, ist es etwa die Hälfte der in Deutschland lebenden Bevölkerung, die sich solidarisch zeigen möchte. Wir können zudem auf ältere Daten zurückgreifen, in denen eine gleiche oder sehr ähnliche Frageformulierung in anderen Umfragen in Deutschland verwendet wurde. Daran sehen wir, dass das Solidaritätsniveau in Deutschland seit dem Jahr 2010 annähernd konstant ist. Obwohl sich also die Krise in einigen südeuropäischen Ländern in der Zwischenzeit deutlich verschärft hat, ist die Bereitschaft zur Solidarität hoch.
3. Wie viele Personen lehnen das ab, und wie viele sind unentschieden? Knapp ein Drittel der Befragten lehnt Hilfen an andere Krisenländer ab, die das eigene Land zahlen sollte und gute 20 Prozent zeigen sich indifferent und haben keine klare Haltung.
4. Gilt diese Bereitschaft zur Hilfe auch Nicht-EU-Ländern, die in Schwierigkeiten sind? Diese Frage zu klären, war

für uns von großer Bedeutung, denn die Bereitschaft zur Hilfe von EU-Ländern sagt ja nichts darüber aus, ob man die EU als Solidargemeinschaft versteht, wenn man sie nicht mit der potentiellen Hilfe an Länder vergleicht, die nicht zur EU gehören. Also haben wir eine zweite Frage gestellt, zur Hilfe für europäische Länder, die nicht der EU angehören, und sehen, dass die Mehrzahl der deutschen Befragten Finanzhilfen für Krisenländer außerhalb der EU ablehnt. Das bedeutet, die Bereitschaft, europäische EU-Länder zu unterstützen, ist viel größer als die Bereitschaft, europäische Nicht-EU-Länder zu unterstützen.

5. Wie hoch ist die Bereitschaft, einen persönlichen Beitrag zu leisten? Wir haben die Befragten gebeten, sich zu überlegen, was wäre, wenn es eine Art europäische Solidaritätssteuer gäbe, die jeder bezahlen sollte. Dazu haben wir drei Vorschläge mit unterschiedlichen Steuersätzen von drei, zwei und 0,5 Prozent formuliert und haben die Zustimmung entlang dieser Steuersätze erhoben. Das Ergebnis war, dass die Mehrheit der Bevölkerung keinem dieser drei Steuersätze mehrheitlich zustimmt. Wir finden also keine Mehrheit für das freiwillige hypothetische Entrichten einer Steuer, aber wir sehen, dass im Falle der 0,5 prozentigen Steuer immerhin ein gutes Drittel der Befragten in Deutschland einverstanden wäre, eine solche Steuer innerhalb von Europa zu entrichten. Dabei muss man hinzufügen, dass die Steuer ja nur dann funktionieren würde, wenn alle Europäer darin einzahlen und einen Beitrag entsprechend ihrem individuellen Einkommen leisten würden.
6. Erwarten die Befragten eine Gegenleistung? Wir haben herausgefunden, dass die Befragten in Deutschland eine Reihe der sogenannten Sparauflagen, die die EU und der Internationale Währungsfonds den Krisenländern auferlegt haben, im hohen Maße für akzeptabel halten, andere dagegen überraschend mehrheitlich ablehnen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
83. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Gritje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Sebastian Kollmann  
Dr. Peter Krause  
Ilka Müller  
Mathilde Richter  
Miranda Siegel  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Dr. Nolan Ritter  
Dr. Katharina Wrohlich

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.